

Die Vorstände und Aufsichtsräte von **DZ Bank AG** und **WGZ Bank AG** haben ein Memorandum of Understanding für den **Zusammenschluss** der beiden Häuser zu einer genossenschaftlichen Zentralbank unterzeichnet. Als Struktur der Transaktion ist eine „Verschmelzung durch Aufnahme“ vorgesehen. Hierbei soll das Vermögen der WGZ Bank auf die DZ Bank als übernehmenden Rechtsträger übertragen werden, im Gegenzug sollen die Anteilseigner der WGZ Bank im Rahmen einer Kapitalerhöhung Anteile an der DZ Bank erhalten (siehe Sonderseiten in dieser Ausgabe, Seiten 1144 bis 1155.)

Die Bankenaufsicht der **Europäischen Zentralbank** hat im November 2015 ein seit März laufendes **Comprehensive Assessment** von neun Banken abgeschlossen. Fünf dieser Banken werden bereits seit 2014 direkt von der EZB beaufsichtigt: die Banque Degroof S.A. (Belgien), die Sberbank Europe AG (Österreich), die Unicredit Slovenia (Slowenien), die VTB Bank (Austria) AG (Österreich) und die Novo Banco SA (Portugal). Die übrigen vier teilnehmenden Banken wurden einbezogen, weil sie ab Januar 2016 zu den bedeutenden Instituten zählen. Es sind die Agence Française de Développement (Frankreich), die J.P. Morgan Bank Luxembourg S.A. (Luxemburg), die Medifin Holding Limited (Malta) und die Kuntarahoitus Oyj (Municipality Finance plc) (Finnland). Das diesjährige Assessment bestand wie das im Jahr 2014 aus einer AQR und einem Stresstest. Die zur Ermittlung von Kapitallücken herangezogenen Grenzwerte deckten sich mit denen des Vorjahrs: eine CET1-Quote von 8 Prozent für die AQR und das Basisszenario des Stresstests sowie eine CET1-Quote von 5,5 Prozent für das adverse Stresstestszenario. Fünf Banken lagen im adversen Szenario unter dem für die CET1-Quote geltenden Grenzwert von 5,5 Prozent. Die für diese fünf Banken festgestellte aggregierte Kapitallücke beläuft sich auf 1,74 Milliarden Euro. Der Großteil davon entfällt mit 1,40 Milliarden Euro auf die portugiesische Novo Banco. Die Bank muss nun innerhalb von zwei Wochen einen Kapitalplan vorlegen und diesen innerhalb von neun Monaten abgeschlossen haben.

Die Finanzminister der **Republik Österreich** und des **Freistaates Bayern** haben in Wien einen Vertrag über die Einigung im Rechtsstreit der früheren **Hypo Alpe Adria** unterzeichnet. Bei den 1,23 Milliarden

7. November 2015 bis 19. November 2015

Euro, die Österreich an Bayern überweist, handelt es sich um eine „Garantiezahlung“, Österreich will sich die Summe durch die Verwertung des Unternehmens wieder zurückerholen. Bayern, das 75 Prozent der Anteile an der Landesbank in München hält, hatte eine Vergleichssumme von 2,4 Milliarden Euro angestrebt. Die Landesbank hatte ihrer damaligen Kärntner Tochtergesellschaft Hypo Alpe Adria (HGAA) diese Darlehenssumme gewährt. Die mittlerweile verstaatlichte HGAA, die heute als Abwicklungseinheit Heta firmiert, stellte die Rückzahlung aber ein. Daraufhin begann die Bayern-LB einen Rechtsstreit vor dem Landgericht München und siegte in erster Instanz. Um aber einen langwierigen und kostspieligen Rechtsstreit zu vermeiden, haben sich die Parteien im Sommer auf einen Vergleich geeinigt, der nun besiegelt wurde.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** hat den Entwurf einer Verordnung und eines Leitfadens über die **Ausübung von Wahlrechten und Ermessensspielräumen** im Unionsrecht und gleichzeitig ein Konsultationsverfahren dazu eröffnet, das am 16. Dezember 2015 endet. Nach Abschluss der öffentlichen Konsultation wird die EZB die eingereichten Kommentare nebst ihren Antworten und einer Bewertung veröffentlichen. Die Zentralbank bezeichnet die Neuregelung als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Bankensektor des Euroraums.

Der **G-20-Gipfel** zur Finanzmarktregulierung in Antalya hat **Beschlüsse für zusätzliche Kapitalpuffer** der weltweit 30 größten Banken (TLAC – Total Loss-Absorbing Capacity) gefällt. Die neuen Kapitalanforderungen sehen vor, ab 2019 einen Verlustpuffer von mindestens 16 Prozent der jeweiligen Bilanzrisiken vorzuweisen. Dieser Puffer soll drei Jahre später auf mindestens 18 Prozent anwachsen. Mit dieser Einigung kann die Umsetzung der Vorgaben von TLAC in Europa beginnen. In einer Stellungnahme begrüßte der Bundesverband deutscher Banken die gefundene Regelung als zentralen Baustein für die Lösung des „too big to fail“-Problems.

In Deutschland ist nur die Deutsche Bank von der Regelung betroffen.

Die Schweizer Privatbank **Julius Bär** hat ihren Anteil an dem italienischen Vermögensverwalter **Kairos** deutlich erhöht. Bislang hielt sie 19,9 Prozent an dem Unternehmen, nun sind es rund 80 Prozent. Die Transaktion soll im Laufe des Jahres 2016 abgeschlossen werden. Die beiden Gesellschaften haben zudem vereinbart, in einem zweiten Schritt Kairos an der Börse zu listen. Die Assets under Management der 1999 in Italien gegründeten Gesellschaft betragen derzeit 8 Milliarden Euro. Das von Julius Bär verwaltete Kundenvermögen beläuft sich zum 31. Oktober 2015 auf 385 Milliarden Schweizer Franken.

Die **IKB Leasing-Gruppe** übernimmt den Geschäftsbetrieb sowie die Neugeschäftsaktivitäten der auf Leasing- und Mietkauf-finanzierung von Nutzfahrzeugen und LKW spezialisierten Hamburger **Albis Mobil Lease GmbH** und **UTA Leasing GmbH** (AML/UTA). Mit dieser Akquisition will die IKB Leasing-Gruppe ihr Angebotsspektrum im Bereich der Leasing- und Mietkauffinanzierung von Nutzfahrzeugen und LKW erweitern und ihren bisherigen Marktantritt als Anbieter von Maschinen- und Anlagenleasing sowie der Bereitstellung von Leasing-IT und Business-Services in Deutschland und Europa ergänzen. Die Geschäftsaktivitäten der AML/UTA werden mit eigenem Marktantritt in einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der IKB Leasing GmbH fortgeführt. Der derzeitige Bestand an Leasing- und Refinanzierungsverträgen verbleibt bei AML/UTA und wird von der IKB Leasing-Gruppe verwaltet.

Das britische Startup **Funding Circle** übernimmt die deutsche Plattform **Zencap**. Beides sind Kreditmarktplätze für das Peer-to-Peer-Lending. Nach der Fusion ist die Marke Zencap verschwunden. Neben den USA und Großbritannien ist Funding Circle dann auch in Deutschland, Spanien und den Niederlanden vertreten. Durch den Zusammenschluss soll der erste global agierende Online-Marktplatz für Unternehmenskredite entstehen. In den vergangenen fünf Jahren hat Funding Circle Kredite in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro an 12.000 Unternehmen in Großbritannien und den USA ausgezahlt. Zencap hat in den ersten 18 Monaten seines Bestehens etwa 35 Millionen Euro Euro an rund 520 Unternehmen ausgezahlt.